



Grenzen sichern – Recht durchsetzen – illegale Einreisen verhindern

Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/1309 -

Vizepräsidentin Jung:

Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt und rufe auf den Tagesordnungspunkt 8

Grenzen sichern – Recht durchsetzen – illegale Einreisen verhindern

Antrag der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/1309 -

Die Fraktion wünscht das Wort zur Begründung. Abgeordneter Brandner hat das Wort.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, Herr Matschie, jeder macht mal einen Fehler, aber manche Fehler sind auch richtig. Also Glückwunsch zu diesem richtigen Fehler, den Sie gemacht haben!

Meine Damen und Herren, zum Thema. „Dem Ausländer ist die Einreise zu verweigern, wenn [...] er aus einem sicheren Drittstaat [...] einreist“. Er „ist zurückzuschieben, wenn er von der Grenzbehörde im grenznahen Raum in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise angetroffen wird“. So steht es nicht etwa im AfD-Parteiprogramm, sondern in § 18 Asylgesetz. Da fragen wir uns: Wie sind die derzeitigen Zustände anders zu erklären, wenn nicht durch hunderttausendfachen Rechtsbruch? Um dem deutschen Asylrecht Geltung zu verschaffen und das deutsche Recht durchzusetzen, braucht man also eine systematische Grenzsicherung. Daraus muss dann folgen, den illegal Eingereisten den Aufenthalt zur Stellung eines Asylantrags in Deutschland nicht mehr zu gestatten.

Hört die CDU-Fraktion auch zu?

(Zuruf aus der Fraktion der CDU: Ja!)

Dann wiederholen Sie doch mal den letzten Satz!

Illegale Einreise und illegaler Aufenthalt in Deutschland sind Straftaten nach dem Aufenthaltsgesetz. Bereits der Versuch ist eine Straftat, die mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr sanktioniert wird. Zurzeit wird in § 55 Asylgesetz die erfolgte illegale Einreise bei Stellung eines

Asylantrags nachträglich so etwas wie legalisiert. Bis Ende August, meine Damen und Herren, wurden allein von der Bundespolizei 118.185 unerlaubte Einreisen angezeigt. Meine Damen und Herren, 118.185 dokumentierte Straftaten bis Ende August! Die Dunkelziffer für die Zahlen bis Ende November – die Welle im September und Oktober kam ja danach – dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Da wundert es mich, Herr Lauinger, wenn Sie sich hinstellen und sagen, die Kriminalität wäre nicht gestiegen. Also ich sehe hier 300.000 Straftaten. Ich weiß nicht, wo Sie die in Ihrer Statistik haben verschwinden lassen, aber von Nicht-Kriminalitätssteigerung kann ich da nichts erkennen, muss ich Ihnen sagen. Vielleicht hängt es auch damit zusammen, dass es – wie sich aus den Antworten zu meiner Kleinen Anfrage 545 ergibt – eine Richtlinie in Thüringen gibt, nach der diese Delikte in die Liste für vereinfachte Verfahren aufgenommen wurden. Das ist auch noch mal erklärungsbedürftig, was da passiert ist. Wie dem auch sei.

Meine Damen und Herren, das ist eine Einbringungsrede, deshalb in aller Sachlichkeit. Am vergangenen Sonntag war ich wieder mal in einem katholischen Gottesdienst, Frau Tasch wird das gerne hören, nicht bei Bischof Neymeyr, sondern bei einem vernünftigen Pastor, und dort sangen wir ein christliches Kirchenlied.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was bilden Sie sich eigentlich ein?)

Hören Sie genau zu, auch Sie, Herr Ramelow: „Für den König, für sein Schwert, das dem Feind das Fürchten lehrt, unsere Freiheit garantiert, und zum Schutze unsere Grenzen markiert.“ Meine Damen und Herren, Sie sehen damit, was wir mit unserem Antrag fordern, ist nichts anderes als die Um- und Durchsetzung deutschen Rechts auf der Grundlage christlicher Prinzipien.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Allmachtsfantasien kennen keine Grenzen!)

Deshalb folgen Sie uns bitte insoweit. Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat sich Abgeordneter Möller zu Wort gemeldet.

[...]

Vizepräsidentin Jung:

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben 30 Sekunden.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Herrgott, Sie waren ja so eloquent und nett – ich bin auch nicht böse zu Ihnen. Aber mit den Argumenten, die Sie jetzt hier gebracht haben, müssten Sie eigentlich den nächsten Antrag einbringen, auch sämtliche Gartenzäune in Thüringen abzuschaffen, denn Zäune bringen ja keine Sicherheit. Ich bin mal gespannt, wann dieser Antrag hier landet und dann Frau Merkel aufgefordert wird, den Zaun vorm Bundeskanzleramt auch abzubauen, denn Zäune bringen ja nichts, wie Sie sagen. Im Übrigen würde ich Ihnen raten, bevor Sie sich hier zu Wort melden, unsere Anträge zu lesen, dann kommen Sie auch nicht zu solchen Ausführungen, dass wir Thüringer Außengrenzen schützen wollen, sondern wir wollten die Landesregierung bitten, sich auf Bundesebene dafür ein-

zusetzen. Das machen Sie auch permanent mit Ihren Anträgen. Ich werde Sie das nächste Mal darauf hinweisen, wenn Sie das tun.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Brandner, AfD:

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Aufhören! Aufhören!)

Ich werde Sie auch das nächste Mal darauf hinweisen, dass Sie nicht gern Zahlen von hier vorn vorgelesen bekommen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Brandner!

Abgeordneter Brandner, AfD:

Daran will ich Sie auch erinnern das nächste Mal, wenn entsprechende Anfragen von Ihnen kommen. Ich freue mich schon darauf. Bis dahin!

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist keine Ausschussüberweisung beantragt, deswegen kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der ...